

Zufriedenheit: Winterthur schlägt Zürich

Die glücklichsten Frauen leben in Winterthur. Das besagt eine Studie der Uni Lausanne. Zürich schneidet eher schlecht ab.

Von René Donzé

Winterthur. – «In Winterthur sind die Frauen am glücklichsten», behauptete die Boulevardzeitung «Blick» gestern Donnerstag und stützte sich dabei auf eine Studie der Universität Lausanne (siehe Tabelle rechts). Darum wurden Winterthurer Frauen gestern von Medienschaffenden umschwärmt, die mit Notizblock und Fernsehkamera unterwegs waren, um das Strahlen der Winterthurerinnen zu ergründen. Auch die Sonne strahlte. Und in der Allee am Oberen Graben genossen Studentinnen am Brunnen Kebab, Mütter führten Nachwuchs spazieren, und Businessfrauen sassen beim Kaffee, derweil die Winterthurer

Nationalrätinnen in Bern sassen und dort auf ihr Glück angesprochen wurden.

Für Chantal Galladé (SP) ist klar, dass ihre Stadt die Frauen glücklich macht: «Es leben fröhliche Menschen in Winterthur», sagt sie. «Man kennt sich und ist sich doch nicht zu nah.» Zudem lobt sie das viele Grün, die vielen Velowege, das Kulturangebot und die Gartenwirtschaften. Natalie Rickli (SVP) sagt, die Stadt habe viel Charme und sei sehr kleinräumig, auch wenn sie nun ja zu den Grossstädten mit über 100 000 Einwohnern gehört. «Obwohl Winterthur links-grün regiert ist und einen hohen Steuerfuss hat, würde ich nicht von hier wegziehen», sagt Rickli. «Wer hier lebt, lebt hier aus Überzeugung», sagt sie.

Kathrin Bänziger, Journalistin und Gattin von Stadtpräsident Ernst Wohlwend, kann das nur bestätigen. «In meiner Jugend war ich überzeugt, dass ich in dieser Stadt nicht alt würde», erzählt sie. Doch Winterthur sei nicht mehr die graue und bünzlige Stadt von einst, sondern «die beste aller

Skala der Zufriedenheit

Punktedurchschnitt nach Städten auf einer Skala von 0 bis 10

Frauen	Männer
Winterthur 8,18	Luzern 8,15
Bern 8,12	Winterthur 8,06
Luzern 8,10	Freiburg 8,06
St. Gallen 8,05	Basel 8,02
Zürich 8,04	La Chaux-de-Fonds 8,01
La Chaux-de-Fonds 7,93	St. Gallen 7,98
Basel 7,87	Bern 7,96
Freiburg 7,79	Zürich 7,90
Genf 7,73	Neuenburg 7,76
Lausanne 7,69	Genf 7,68
Neuenburg 7,47	Lausanne 7,64

TA-Grafik str./Quelle: Schweizer Haushalt-Panel

Städte: lebendig, persönlich und charmant». Und: Im Gegensatz zu anderen Orten seien die Menschen bescheiden und

zufrieden mit dem, was sie haben. «Das trägt bestimmt zur Zufriedenheit bei.»

Gar überglücklich ist Maya Gadgil vom Standortmarketing Winterthur. Grün und kinderfreundlich sei die Stadt, sagt sie. Und: «Auch die vielen netten Männer tragen zum weiblichen Glück bei.» Als Zuständige fürs Wohnortmarketing könne sie das Resultat gut für die Werbung brauchen.

Doch worauf basiert denn dieses genau? An der Uni Lausanne wird seit 1999 eine Langzeituntersuchung durchgeführt mit einer ganzen Reihe von Fragestellungen. Eine davon lautet: «Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben?» Der «Blick» liess die Antworten der letzten sieben Jahre auswerten. Die Unterschiede zwischen den Städten sind minim und laut Studiengangleiterin Ursina Kuhn sind diese «statistisch gesehen nicht sehr signifikant».

Man kann also auch als Zürcherin glücklich sein, wie Nationalrätin Doris Fiala (FDP) bestätigt: «Mir gefällt das pulsierende Leben, die vielen Kinos, der See und die urbane Lebensqualität von Zürich.»

Die Lehrer sind in Finnland kleine Könige in ihrem Reich

Finnland belegt in Pisa-Studien regelmässig Spitzenplätze. Weshalb? Das versuchen Lehrer aus Finnland und der Schweiz zu ergründen – unter anderem in einem Stadtzürcher Schulhaus.

Von René Donzé

Zürich. – Niina Heikkilä ist beeindruckt. Sie sitzt im Schulzimmer einer zweiten Klasse im Zürcher Schulhaus Altweg und bestaunt das multikulturelle Durcheinander. Nur gerade ein Mädchen ist schweizerischer Abstammung, die anderen Schüler stammen aus einem Dutzend Ländern, von Albanien über Thailand bis Russland. Stolz trägt ein Junge das Trikot der serbischen Nationalmannschaft.

Es wird nur geflüstert, alle sind konzentriert bei der Arbeit. «Es funktioniert so gut, all diese Nationalitäten in einem Klassenzimmer», staunt die Lehrerin aus Finnland, wo der Ausländeranteil nur gerade zwei Prozent beträgt. Am höchsten ist er in Helsinki mit 25 Prozent. Zürcher Verhältnisse sind den Finnen fremd. Umso mehr bewundern sie die Leistungen der Lehrpersonen. «Ich hoffe sehr, dass die Schweizer die grossartige Arbeit ihrer Lehrer respektieren», sagt die finnische Primarlehrerin Kirsti Merta. Heikkilä sagt mit Blick auf die Pisa-Ranglisten: «Finnen mögen Spitze sein in Mathe und Sprache, doch in sozialer Hinsicht sind die Schweizer weiter.»

Heikkilä und Merta gehören zu einer Gruppe von 16 finnischen Lehrpersonen, die diese Woche zu Besuch in Zürich sind. Letzten Herbst hatten 14 Schweizer Lehrerinnen und Lehrer finnische Schulen besucht. Der Austausch ist Teil des Zertifikatslehrgangs Schulentwicklung International der Pädagogischen Hochschule Zürich. Anstoss dazu hatte Liisa Löfman, Koordinatorin am Nationalen finnischen Weiterbildungszentrum Opeko, gegeben, weil viele Schweizer in den Norden gepilgert waren, um das «finnische Geheimnis» zu entdecken, weshalb Finnland permanent an der Spitze der Pisa-Studien liegt.

Das finnische Geheimnis

Was machen die Finnen denn besser als die Schweizer? Als Grund für den Erfolg der Schulen im hohen Norden wird oft – auch von den Finnen selber – der tiefe Anteil an fremdsprachigen Schülern ange-



BILD DORIS FANCONI

Interessiert beobachtet ein finnischer Lehrer (Mitte) die Schülerinnen im Schulhaus Altweg beim Englischlernen.

führt. Doch Löfman glaubt, dass der Lernerfolg auch viel mit dem Status der Lehrpersonen zu tun hat. Sie sind Autoritäten, die kaum hinterfragt werden, auch von den Eltern nicht. Kirsti Merta, seit 30 Jahren im Dienst, sagt: «Es ist die Freiheit in meinem Beruf, die mir die Kraft gibt.» Zwar werde der Lehrplan für ganz Finnland vorgeschrieben, doch in der Umsetzung habe sie viel Spielraum und Eigenverantwortung.

Die Klassenlehrer als kleine Könige in ihrem Reich, die unterstützt werden von Fachleuten, wo nötig; So umschreibt sie das finnische Erfolgsrezept. Wie sie spricht, gibt es keinen schöneren Beruf, tatsächlich ist er in Finnland der Traum Beruf vieler. Noch immer wollen ihn mehr junge Menschen erlernen, als die Schule brauchen kann. Das erlaubt eine Selektion.

Für Seija Sivonen, Leiterin einer Sekundarschule, liegt der Erfolg auch an der ein-

heitlichen Oberstufe. «Alle erhalten die gleiche Ausbildung, es gibt kein A, B oder C», sagt sie. Das sporne die schwächeren Schüler an, sei aber sehr anspruchsvoll für die Lehrer, die 25 bis 27 Schüler zu unterrichten haben. 600 Jugendliche gehen an Sivonens Sekundarschule, 10 davon sind Ausländer. Die Nachbarschule indes zählt 100 Fremdsprachige auf gleich viele Schüler. Es gebe also in grösseren Orten durchaus auch so etwas wie Ausländerschulen.

Recht auf Bildung in Muttersprache

Laut Sivonen ist diese Häufung Fremdsprachiger in einem Schulhaus positiv. «Das ermöglicht es, die Ressourcen besser zu konzentrieren.» Denn in Finnland hat jeder Schüler das Recht auf einige Lektionen in seiner Muttersprache pro Woche – sowie auf Religionsunterricht in seiner Reli-

gion. Von Staates wegen wird dort also vorgeschrieben und bezahlt, was in der Schweiz auf Freiwilligkeit beruht: Die Kurse in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) werden im Kanton Zürich von Vereinen oder den jeweiligen Ländern organisiert und finanziert. Nur etwa die Hälfte der ausländischen Schüler nutzt das Angebot. Bildung in Muttersprache bezeichnete PHZH-Dozentin Zeliha Aktas in ihrem Referat vor den finnischen Gästen als Schlüssel zur Integration und zum Schulerfolg.

Die Finnen haben auch hier die Nase vorn, so der Eindruck an diesem Morgen im Schulhaus Altweg. Fragt sich bloss, wie lange noch. «Das Geld für die Schule wird knapp, wir brauchen immer mehr für soziale Wohlfahrt und anderes», sagt Sivonen. Und der Ausländeranteil steigt auch in Finnland stetig an. «Das wird sich irgendwann auf unser Schulniveau auswirken.»

Kyburg fühlt sich vom Kanton geprellt

Kyburg. – Kyburg saniert zurzeit seine Dorfstrasse. Aus Gründen des Ortsbildes wählte der Gemeinderat eine nostalgische Pflasterung für die Strasse, welche die Besucher zum Schloss hinaufführt. Nach Ansicht des Gemeinderates hatten sich die zuständigen Stellen des Kantons im letzten Jahr bereit erklärt, die Mehrkosten für eine Pflasterung in der Höhe von 80 000 Franken zu übernehmen. Die kürzlich gemachte Ankündigung der Baudirektion, nur 30 Prozent oder maximal 24 000 Franken zu übernehmen, sorgt nun in der kleinen Steuerausgleichsgemeinde für Unmut.

Weil sich der Kyburger Gemeinderat nach eigenen Angaben vom Kanton immer wieder übergangen und nicht ernst genommen fühlte, wurde auf den 2. Juni eine Aussprache mit Regierungsrat Markus Kägi (SVP) angesetzt. Diese habe in gutem Klima stattgefunden, man wolle sich am 5. Juli erneut treffen, erklärte der Gemeinderat. Dann hoffe man auch die Frage zu klären, wer die Mehrkosten für die Pflasterung der Dorfstrasse trägt. (anf)

STADT ZÜRICH

Laden im Kreis 2 brannte

Bei einem Brand in einem Modelleisenbahngeschäft an der Gotthardstrasse im Kreis 2 ist am Donnerstagabend Sachschaden in Höhe von mehreren Hunderttausend Franken entstanden. Verletzt wurde niemand. Laut der Stadtpolizei wurde der Brand gegen 19 Uhr von Passanten entdeckt. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand der Laden in Vollbrand, das Feuer konnte aber rasch unter Kontrolle gebracht und gelöscht werden. Eine Frau, die sich in einem Büro im Obergeschoss des mehrstöckigen Gebäudes befand, konnte mit der Drehleiter in Sicherheit gebracht werden. Sie wurde mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Spital gebracht. Die Brandursache ist noch unklar, Hinweise nimmt die Kantonspolizei unter der Nummer 044 247 22 11 entgegen. (tal)

Barriere kommt weg

Nächsten Montag verschwindet die Barriere beim Lochergut, die seit 1973 den Transitverkehr von 22 Uhr bis 5 Uhr durch die Weststrasse verunmöglicht hatte. Als Grund nennt die Stadt Bauarbeiten in der Badenerstrasse im Rahmen der flankierenden Massnahmen für die Westumfahrung. Man werde dafür sorgen, dass Wiedikon für den Transitverkehr unattraktiv bleibe. Im Sommer 2010, wenn auf der Seebahnstrasse Gegenverkehr eingeführt ist, wird die Weststrasse zur Quartierstrasse. (pa)

Konsulat verschmiert

Unbekannte haben in der Nacht auf Donnerstag das italienische Konsulat im Engquartier mit Farben verschmiert. Auf Internetseiten wird Bezug auf einen Prozess gegen Mitglieder der PC-p-m (Kommunistischen Partei politisch-militärisch) in Mailand genommen. (hoh)

WINTERTHUR

Grünliberale mit Zeugin

Um einen der beiden frei werdenden Sitze im sieben Mitglieder zählenden Stadtrat kandidiert jetzt auch Gemeinderat Michael Zeugin von den Grünliberalen. Weiter sind im Rennen: Daniel Oswald (SVP-Präsident), Stefan Fritschi (FDP-Gemeinderat) und Nik Gugger (EVP-Gemeinderat). Bei der SP sind noch vier Kandidierende in der parteiinternen Ausmarchung: Die Gemeinderäte David Hauser und Urs Böni sowie die Kantonsräte Nicolas Galladé und Jorge Serra. Die Wahlen für den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat finden am 7. März 2010 statt. (smd)

Bald Fokus-Entscheid

«Fokus» heisst das Projekt, mit dem der Stadtrat einen Teil der Verwaltung an einem Ort konzentrieren will. Nach den Sommerferien will er dem Parlament einen Standort beantragen. Für die zwei verbleibenden Varianten, den Superblock auf dem Sulzer-Areal beim Hauptbahnhof und ein Neubau im Grüzefeld, haben die Gebäudeanbieter Offerten eingereicht. (smd)

Brügger für Meier

Wechsel in der FDP-Fraktion des Grossen Gemeinderates: Annina Meier-Camenisch tritt Ende Juni zurück. Ihren Platz nimmt Urs Brügger (43) ein, der Leiter des Instituts für Gesundheitsökonomie an der Zürcher Hochschule ZHAW. (rd)

Die Luft war 2008 weniger schlecht

Zürich. – Die Luft im Grossraum Zürich war 2008 nicht so stark belastet wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre; dies teilt die Qualitätsüberwachung «Ostluft» in ihrem Jahresbericht mit. Dieser Befund trifft auch für die Ostschweiz und Liechtenstein zu. Geringer fielen die gemessenen Konzentrationen namentlich bei den drei Schadstoffen Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon aus. Die häufig instabilen Witterungsverhältnisse sorgten für eine gute Durchlüftung und verhinderten so die Anreicherung von Schadstoffen.

Zu Grenzwertüberschreitungen kam es dennoch. An keinem der Messstandorte, etwa an der Zürcher Stampfenbachstrasse, wurde der Ozon-Stundenmittel-Grenzwert eingehalten. Die Analyse der Ozone-trends für die letzten 20 Jahre zeigt, dass die mittleren Ozonkonzentrationen gene-

rell zunehmen. Dank Massnahmen zur Verringerung der Vorläuferschadstoffe liessen sich jedoch in der Stadt Zürich die extrem hohen Spitzenwerte brechen.

Vom Feinstaub und vom Stickstoffdioxid waren die strassennahen Standorte am stärksten betroffen. Dort wurden die Jahresmittel-Grenzwerte überschritten. Nur mässig belastet waren hingegen die ländlichen Regionen; hier zeigten die Messgeräte eingehaltene Jahresmittel-Grenzwerte. Die Tagesmittelwerte von Feinstaub erreichten an allen Standorten Konzentrationen über dem Grenzwert.

Ein besonders kritischer Schadstoff ist der Russ, der als krebserregend gilt. Die Schweiz kennt keinen Grenzwert für Russ, es gilt das Minimierungsgebot. Der Zielwert der deutschen Bundesländer wurde deutlich übertroffen. (sth)

SP will die Löhne bei der ZKB regeln

Zürich. – Die Finanzkrise sowie die exorbitanten Löhne und Boni von Bankern haben der Zürcher Kantonalbank (ZKB) hohe Geldzuflüsse gebracht. Die Staatsbank geniesst trotz der Skandale um den Sulzer-Deal oder den Ilisu-Staudamm hohes Vertrauen. Um es zu festigen, brauche es jetzt auch ein transparentes Lohnsystem mit nachvollziehbaren Tiefst- und Höchstgehältern, begründen drei SP-Kantonsratsmitglieder ihre parlamentarische Initiative, die sie vor kurzem eingereicht haben.

Mit der Initiative wollen Julia Gerber Rüegg (Wädenswil), Monika Spring (Zürich) und Ruedi Lais (Wallisellen) das Kantonalbankgesetz ändern. Der Kantonsrat soll nicht nur wie bisher die Entschädigungen für die Mitglieder des Bankrates (inklusive Präsidium) absegnen, sondern auch die Besoldung sämtlicher 4500

ZKB-Angestellten von der Generaldirektion bis zum Personal des Hausdienstes. Weiter soll das Parlament auch die Spanne zwischen Tiefst- und Höchstlöhnen fixieren sowie das maximal zulässige Verhältnis von Boni zum Grundgehalt der Bankangestellten. Und der jährliche Geschäftsbericht der ZKB soll auch die Vergütungen auflisten. Julia Gerber Rüegg glaubt, dass im Kantonsrat die nötigen 60 Stimmen zur vorläufigen Unterstützung der Initiative zusammenkommen. «Die Chancen stehen gut, dass der Kantonsrat bereit ist, diese Lohndebatte zu führen.»

Die Initiative richte sich nicht gegen die ZKB und den Bankrat, betonte Julia Gerber Rüegg. Die Linke fordere für alle Banken nachvollziehbare Lohngefüge, wie dies zum Beispiel die Berner Kantonalbank bereits praktiziere. (smd)